

„Ärger muss ich wohl aushalten“

CDU-Fraktionschef Thomas Röwekamp bekräftigt in Stuhr seinen Standpunkt zur B6n

LOTTA DRÜGEMÖLLER

In Bremen wird Thomas Röwekamp für seine Position zur B6n gescholten. In Stuhr genoss der CDU-Fraktionsvorsitzende jetzt zur Abwechslung mal breite Zustimmung.

STUHR In Bremen ist Thomas Röwekamp mit seiner Forderung, die B6n notfalls auch oberirdisch zu bauen, recht einsam auf weiter Flur. Vorgeworfen wird dem CDU-Fraktionsvorsitzenden, die Gespräche zwischen dem Bund und Bremen durch einen Brief an seinen Parteifreund Enak Ferlemann im Bundesverkehrsministerium beeinflusst zu haben.

In Stuhr, wo Röwekamp der CDU im Wahlkampf einen Besuch abstattete, rannete Röwekamp derweil offene Türen ein. „Die B6n ist eine Lebensader für Stuhr“, erklärte der Stuhrrer Fraktions-



Der Bremer CDU-Fraktionschef Thomas Röwekamp (r.) hat seinen Parteikollegen in Stuhr einen Besuch abgestattet. Foto: lod

vorsitzende Frank Schröder bei der Veranstaltung am Montagabend. Die B6n würde die A1-Anschlussstelle in Brinkum mit der A281 verbinden – und so eine weitere schnelle Verbindung nach Bremen schaffen.

In der niedersächsischen Nachbargemeinde also bekräftigte Röwekamp seine Aussage aus dem Brief, dass „jede B6n besser als keine B6n“ sei. Alles spreche für einen Ausbau: „Es gibt eine

bessere CO₂-Bilanz, eine bessere Anbindung, und die Menschen in Huchting und etliche Bürger von Kattenturm werden entlastet“, so Röwekamp.

Vor allem die „Bürgerinitiative für eine menschengerechte A281“ macht gegen den oberirdischen Bau der Bundesstraße mobil – die Straße würde an den Gärten der Einwohner der Wolfskuhlensiedlung vorbeiführen.

„Auch mir wäre die Tunnel-

lösung unter dem Flughafen hindurch lieber“, so Röwekamp, „aber diese Alternative kostet 140 Millionen Euro mehr – sie hat in der Bewertung des Bundes nicht einmal die erste Hürde überschritten“, erläuterte er.

„Den Ärger mit der Bürgerinitiative muss ich wohl aushalten“, führte der Bremer CDU-Mann weiter aus. „Unumstrittene Infrastrukturprojekte gibt es nicht – wenn ich nur Projekte plane, die nicht auf Widerstand stoßen, dann brauch ich gar keinen Bundesverkehrswegeplan mehr.“ Schließlich folgte noch ein Frontalangriff auf Verkehrssenator Joachim Lohse (Grüne) samt eines Seitenhiebs auf die Grünen-Wähler: „Er müsste eigentlich die Interessen der ganzen Stadt vertreten – und nicht nur die der 15 Prozent Wählerpotenzial aus reinen Fahrradfahrern, Marihuana-Rauchern, und Menschen, die ihre Urne mit nach Hause nehmen wollen.“